



0068

144/145

Für die politisch-operative Arbeit ergeben sich daraus neue, wesentlich erweiterte Möglichkeiten zur allseitigen Klärung von Sachverhalten, wie beispielsweise

- des illegalen Eindringens auf das Territorium der DDR,
- des Überschreitens von Aufenthaltsberechtigungen oder des Abweichens von vorgeschriebenen Reisewegen - vor allem von den Transitstrecken.

Von dieser Möglichkeit ist insbesondere dann Gebrauch zu machen, wenn bereits absehbar ist, daß keine strafrechtliche Verantwortlichkeit vorliegt oder wenn aus politischen oder operativen Gründen - unter Nutzung der gesetzlichen Möglichkeiten - keine Einleitung eines Ermittlungsverfahrens erfolgen soll. Das schließt selbstverständlich nicht aus, bei Notwendigkeit und Vorliegen der entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Auch gegenüber Ausländern mit länger befristetem Aufenthalt kann diese Maßnahme angewandt werden - vorausgesetzt die rechtlichen Gründe liegen vor. Das wird vor allem dann zu prüfen sein, wenn derartige Personen auf Grund asozialer oder anderer gesellschaftswidriger Verhaltensweisen einen erheblichen sicherheitspolitischen Unsicherheitsfaktor darstellen und deshalb ausgewiesen werden sollen.